

Niederschrift

zur 6. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 23. Juli 2020, 18:30 Uhr in der Aegidius-Halle St. Ilgen, Pestalozzistr. 5-7 in Leimen-St. Ilgen

- öffentlich -

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22.15 Uhr

Vorsitz: Oberbürgermeister Reinwald
Bürgermeisterin Felden

Stadträte: Dr. Anselmann, Peter
Appel, Hans
Bader, Richard
Baumann, Ursula
Bortz, Holger
Feuchter, Klaus
Frühwirt, Ralf
Hahn, Alexander
Hassenpflug, Christa
Kettenmann, Britta
Kurz, Mathias
Lindenbach, Bruno
Müller, Julia
Müller, Nathalie
Dr. Pfisterer, Ulrike
Reinig, Michael
Dr. Sandner, Peter
Schilling, Christine
Stern, Wolfgang
Unverfehrt, Dietrich
Werner, Lisa-Marie
Woesch, Rudolf

Von der Verwaltung: 1 Stadtoberverwaltungsrat Berggold
1.6 Stadtoberamtsrat Ullrich
2 Stadtoberverwaltungsrat Veith
3 Stadtverwaltungsrat Kuks
6 Angestellter Sauerzapf

Angestellte Greiner
Protokollführerin

Gäste: Jan Currle - LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH (KE)

TAGESORDNUNG

Zur 6. Sitzung des Gemeinderats der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 23. Juli 2020, 18:30 Uhr in der Aegidiushalle, Pestalozzistraße 5-7 in Leimen - St. Ilgen

- öffentlich -

- | | | |
|------------|--|---------|
| 1. | Fragestunde | |
| 2. | Protokolle
- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen | |
| 3. | Gemeinderat
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung | 41/2020 |
| 4. | Zuwendungen
Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO | 42/2020 |
| 5. | Baumaßnahmen
Bebauung Rathausplatz | 43/2020 |
| 6. | Liegenschaften
Ausschreibung der Reinigungsleistungen | 44/2020 |
| 7. | Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg – Leimen
Beschluss der Zweckverbandssatzung „Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg – Leimen“
Beitritt zum Zweckverband „Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg – Leimen“
Zustimmung der Transfersumme von Euro 200.000 an den Zweckverband im Jahr 2021 | 45/2020 |
| 8. | Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg – Leimen
Aufstellungsbeschluss Teilbereich Leimen | 46/2020 |
| 9. | Artenschutz
Anlage von Blühwiesen | 47/2020 |
| 10. | Gemeinderat
Aufstellen eines Schildes der Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ | 48/2020 |
| 11. | Friedhöfe
Gärtnergepflegtes Grabfeld / Friedhofssatzung | 49/2020 |
| 12. | Straßen
Feldwegsanierung südlich vom Grauenbrunnenweg | 50/2020 |

- | | | |
|------------|--|---------|
| 13. | Spielplätze
Spielplatz Jakob-Kast-Straße | 51/2020 |
| 14. | Freizeitanlagen
Basket 2.0 – Fortschreibung | 52/2020 |
| 15. | Gemeinderat
Antrag der FDP auf sofortige Beantragung von Finanzmitteln für den Kapazitätsausbau des Kindergartens Gauangelloch | 53/2020 |
| 16. | Gemeinderat
Antrag der CDU auf umgehende Weiterführung, Planung sowie Ausführung der beschlossenen Baumaßnahmen des Kindergartens Gauangelloch | 54/2020 |
| 17. | Verschiedenes | |

Oberbürgermeister Reinwald

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt anschließend fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist und fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben. Er gratuliert Stadträtin Nathalie Müller im Namen des Gemeinderates und der Stadtverwaltung nachträglich zu ihrem Geburtstag.

1. Fragestunde

Herr Michael Wagenblaß

verliest die Petition des am Georgi-Marktplatz anliegenden Gewerbes (*Anlage 1*), die er der Stadtverwaltung am 6. Juni 2020 per E-Mail übersandt hat. Demnach soll die Sanierung des Georgi-Marktplatzes verschoben werden, da das Gewerbe durch die Coronakrise bereits Umsatzeinbußen erlitten habe.

Er möchte wissen, ob die Petition den Mitgliedern des Gemeinderates zugegangen ist, wie das weitere Vorgehen ist und ob man davon ausgehen kann, dass die Petition im Gemeinderat beraten wird.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass die Petition an die Mitglieder des Gemeinderates weitergeleitet worden sei. Es seien weitere Gespräche zur Absprache geplant. Das Thema Sanierung des Georgi-Marktplatzes und damit die Petition solle Gegenstand der Nachtragshaushaltsberatung werden.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

2. Protokolle

- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Reinwald

ruft das Protokoll Nr. 5 vom 25. Juni 2020 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Bader und Kurz. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Appel und Werner benannt.

3. Gemeinderat

41/2020

Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Oberbürgermeister Reinwald

verliest die bekanntzugebenden Beschlüsse im Wortlaut.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Der folgende nichtöffentliche Beschluss des Gemeinderates vom 25. Juni 2020 wird bekanntgegeben und zur Kenntnis genommen:

2. Tiefgarage/Baumaßnahmen

10/2020

Vergabeverfahren Neubau Tiefgarage am Rathausplatz

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Tiefgarage/Baumaßnahmen)

Vom Sachstand wird Kenntnis genommen.

- 4. Zuwendungen** 42/2020
Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen
nach § 78 Abs. IV GemO

Stadträtin Julia Müller erklärt sich für befangen und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Oberbürgermeister Reinwald schildert kurz den Sachverhalt. Es folgen keine Wortmeldungen. Er bittet um Zustimmung.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Zuwendungen)

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen, oder auf Wunsch von Zuwendungsbestätigungen beauftragt.

Stadträtin Julia Müller nimmt ihren Sitz im Gremium wieder ein.

- 5. Baumaßnahmen** 43/2020
Bebauung Rathausplatz

Oberbürgermeister Reinwald erläutert die Gremienvorlage und berichtet aus der Sitzung des Verwaltungsausschusses, der der Vorlage entsprochen und seine Empfehlung ausgesprochen habe.

Er begrüßt den Referenten Herrn Jan Currle von der LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH (KE) und übergibt ihm das Wort.

Herr Currle erklärt das Auswahlverfahren anhand einer Präsentation (*Anlage 2*) und stellt die drei möglichen Anbieter und deren Planungen für das Vorhaben vor. Er weist auf die Empfehlung des Bewertungsgremiums hin, das zweimal getagt hat. Drei Anbieter seien in die engere Wahl gekommen. Er stellt die Anbieter nach ihren Rängen vor, beginnend mit Rang 3 - Tröndle Bau GmbH (Edingen-Neckarhausen) mit SSV Architekten (Heidelberg), Rang 2 - EBNER Bürkle Wohn- und Städtebau (Waiblingen) mit Krastyo Gitsov Architektur und Design (Winnenden) und Rang 1 - Paulus Wohnbau GmbH (Pleidelsheim) mit Bodamer Faber Architekten (Stuttgart), dem Favoriten. Er beantwortet im Anschluss Fragen aus dem Gremium.

Oberbürgermeister Reinwald bedankt sich für Herrn Currles Ausführungen. Das Bewertungsgremium habe sich ausführlich mit dem Thema befasst und empfohlen, mit der Firma Paulus Wohnbau GmbH zu arbeiten. Er schildert das weitere Vorgehen. Wenn der Beschluss vorläge, könne man einen Kaufvertrag aushandeln. Es sei vorgesehen, diesen Beschluss im Oktober zu fassen.

Stadtrat Reinig

dankt Herrn Currle für die langjährige Begleitung des Gremiums und die gute Vorarbeit, die er geleistet habe. Der städtebauliche Wettbewerb liege bereits zwölf Jahre zurück. Nun habe man endlich eine Entscheidung. Vor vier Jahren sei der Runde Tisch dazwischengekommen. Nach intensiven Vorberatungen im Bewertungsgremium und dem Verwaltungsausschuss sei man nun zu einer guten Entscheidung gelangt. Von Anfang an habe es Tendenzen zu Paulus Wohnbau GmbH gegeben. Erfreulich sei die gute Zusammenarbeit aller Fraktionen und Beteiligten gewesen. Dies sei auch nicht überraschend, da nun die gleichen Architekten zum Zuge kämen, wie vor vier Jahren angedacht. Er finde, dass der Entwurf nicht mit dem Historischen Rathaus konkurriere, er spiele die zweite Geige in Korrespondenz zum Historischen Rathaus. Die GALL-Fraktion stimme den Ausführungen voll und ganz zu. In der Nachverhandlung müsse jedoch auf das geplante Energiekonzept eingegangen werden.

Stadtrat Bader

erklärt, die Fraktion der CDU stimme zu. Der Empfehlung des Bewertungsgremiums sei zu folgen. Das Bewertungsgremium habe in zwei Sitzungen diskutiert und sich für die Paulus Wohnbau GmbH ausgesprochen. Der Entwurf werde der sensiblen baulichen Umgebung gerecht, nämlich den umliegenden denkmalgeschützten Gebäuden und den modernen Neubauten. Zudem sei eine Mischung zwischen Gewerbe- und Wohneinheiten vorgesehen. Die architektonische Einbindung und das flexible Nutzungskonzept von Paulus Wohnbau GmbH habe überzeugt. Er dankt Herrn Currle für seine Arbeit.

Stadträtin Kettenmann

dankt Herrn Currle ebenfalls für die perfekten Ausführungen, dem sei nichts hinzuzufügen. Sie habe es als sehr positiv empfunden, wie alle Beteiligten an einem Strang gezogen haben. Die Fraktion der Freien Wähler stimme zu, weil es das Beste für Leimen sei.

Stadtrat Hahn

bedankt sich ebenfalls bei allen Beteiligten für ihre Mühen. Er freue sich, dass die Bürgerbeteiligung positiven Einfluss auf das Projekt gehabt habe. Die FDP-Fraktion stimme dem jetzigen Vorschlag zu. Es möge das Beste für Leimen dabei herauskommen.

Stadtrat Dr. Sandner

erklärt, die SPD-Fraktion nehme von den Empfehlungen Kenntnis und stimme dem Beschlussvorschlag voll und ganz zu. Die Zurückhaltung des geplanten Gebäudes gegenüber dem Historischen Rathaus habe überzeugt. Auch das Zusammenspiel und die Abwechslung zwischen Historischem Rathaus, neuem Stadthaus, dem alten Gasthaus Krone und dem Neuen Verwaltungsgebäude sei überzeugend.

Oberbürgermeister Reinwald

bittet um weitere Wortmeldungen. Es folgen keine. Er schließt sich dem Gesagten an. Er dankt Herrn Currle für die Arbeit der letzten vier Jahre. Bei drei interessanten Entwürfen und langer Beratung habe man nun einen Favoriten. Die weiteren erforderlichen Beschlüsse würden gegebenenfalls im Oktober gefasst. Die Planungsleistungen könnten bereits im Jahre 2021 vorgesehen werden. Er schätze, im Optimalfall sei der Baubeginn im Frühjahr 2022. Hier liege nun ein Beschluss vor, der besonders wichtig für die Stadt Leimen sei. Daher verliest Oberbürgermeister Reinwald den Beschluss im Wortlaut. Er bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Baumaßnahmen)

1. Der Gemeinderat nimmt von dem Verfahren, den Unterlagen und der Empfehlung des Bewertungsgremiums Kenntnis.
2. Der Gemeinderat stimmt zu, den Empfehlungen des Bewertungsgremiums zu folgen und mit der Bewerbergemeinschaft Paulus Wohnbau GmbH (Pleidelsheim) und Bodamer Faber Architekten (Stuttgart) in Kaufvertragsverhandlungen einzusteigen.

6. Liegenschaften
Ausschreibung der Reinigungsleistungen

44/2020

Oberbürgermeister Reinwald schildert den Sachverhalt laut Gremienvorlage. Er ergänzt, dass die Eigenleistungen auf den Rosensaal ausgedehnt würden. Es sei Wunsch des Verwaltungsausschusses gewesen, die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Standards zu überprüfen. Dies sei geschehen, die arbeitsrechtlichen Standards würden eingehalten. Im Ganzen sei dies eine runde Sache. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Frühwirt

erklärt, die Reinigung der Liegenschaften sei ein großer Kostenfaktor, daher sei es wichtig, darauf genau zu achten. Die Branche arbeite mit kleinen Margen in engen Zeitrahmen. Man habe sich gefragt, ob die Mindestlöhne eingehalten werden, da oft Subunternehmen hinzugezogen würden. Die Firma Konzept² wurde in der Sitzung des Verwaltungsausschusses gebeten, dies auszuführen. Die Ausführungen habe die Fraktion überzeugt. Es sei versichert worden, dass die sozialen Standards eingehalten würden. Es gelten branchentypische Mindestlöhne. Die Mitarbeiter seien zumeist aus der Region. Die Fragen seien geklärt worden. Die GALL-Fraktion freue sich darüber und stimme zu. Man werde auf die Sozialleistungen und dem Umgang mit dem Personal achten.

Stadtrat Bader

erklärt, die CDU-Fraktion stimme zu, die Reinigungsleistungen als Fremdvergabe auszuschreiben. Gegen die Eigenleistung spreche die notwendige Personalhaltung und Personalvorenthaltung, sowie die notwendige Personaleinsatzverwaltung und –steuerung. Der Verwaltungsaufwand sei bei Eigenleistung viel zu hoch. Bei der Vorberatung sei die Einhaltung der sozialen Standards geklärt worden. Die verstärkte Objektbetreuung sei daher die richtige Entscheidung.

Stadtrat Unverfehrt

erklärt, die Fremdvergabe sei ins Gerede gekommen, daher habe man überlegt, die Reinigungsleistungen als Eigenleistung zu machen. Aber man gebe Stadtrat Bader Recht. Die Reinigungsleistungen seien eine wichtige Nebenleistung der Stadt. Die Reinigung der städtischen Gebäude solle gründlich sein. Tariftreue und das Mindestlohngesetz würden eingehalten, was die Firma Konzept² glaubhaft dargelegt habe. Man stimme vollumfänglich zu.

Stadtrat Feuchter

sagt, man könne sich die Reinigung in Eigenleistung nicht leisten. Es gebe die Möglichkeit, die Reinigung der Fenster öfter als vertraglich vorgesehen durchzuführen. Die Kontrolle und

der Zustand der Reinigung obliege dem Liegenschaftsamt der Stadt Leimen. Die FDP-Fraktion stimme zu.

Stadtrat Woesch

erklärt, die Fraktion der Freien Wähler stimme dem Beschlussvorschlag zu. Er schließt sich dem Gesagten an. Das Konzept sei schlüssig.

Stadtrat Appel

hat eine Verständnisfrage wegen der Pflicht zur Hygiene und Desinfektion in Coronazeiten. Er möchte erfahren, ob die Desinfektion in den Fremdleistungen enthalten ist.

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert, dass zunächst ein Standardvertrag geschlossen werde. Der aktuelle Vertrag laufe am 31.03.2021 aus. Im laufenden Vertrag führten diese Sonderleistungen zu Mehraufwendungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Liegenschaften)

1. Von den Informationen wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, die Reinigungsleistungen mit einem öffentlichen Teilnahmewettbewerb und einem anschließenden nicht-offenen Verfahren auszuschreiben und die Aufträge nach Prüfung und Wertung der Angebote an die annehmbarsten Bieter zu vergeben (Vergabebeschluss).
3. Der Gemeinderat wird von der Vergabe informiert.
4. Die Reinigung des Bürgerhauses wird durch eigenes Personal durchgeführt.

- 7. Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg – Leimen 45/2020**
Beschluss der Zweckverbandssatzung „Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg – Leimen“
Beitritt zum Zweckverband „Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg – Leimen“
Zustimmung der Transfersumme von Euro 200.000 an den Zweckverband im Jahr 2021

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert die Gremienvorlage. Es handele sich hier um eine zukunfts- und richtungsweisende Entscheidung für die Stadt Leimen. Es gebe erheblichen Nachholbedarf, die Einnahmenseite der Stadt zu verbessern. Die verfügbaren Flächen gelte es zu nutzen. Man befinde sich in konstruktiven positiven Verhandlungen mit der Stadt Heidelberg. Die vorliegende Satzung sei eine Vereinbarung auf Augenhöhe, da Beschlüsse einstimmig gefasst werden müssten. Der Sitz des Verbands werde Leimen sein und den Vorsitz werde zunächst auch Leimen haben. Es gebe schon einige Interessenten, was auch an der optimalen Verkehrsanbindung läge. Zudem solle dort der geplante Radschnellweg entlangführen. Das Gebiet ermögliche eine intensive Nutzung. Für den Zweckverband werde zusätzliches Personal benötigt. Fördermittel habe man bereits erhalten. Er hoffe auf einen Schritt in die richtige Richtung. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Stern

sagt, das Gebiet sei seit längerer Zeit im Gespräch und man sei übereingekommen, einen Zweckverband zu gründen und diesen mit einer qualifizierten Organisationsstruktur auszustatten. Dies bedürfe entsprechender Mittel. Der Heidelberger Gemeinderat müsse dazu den gleichen Beschluss fassen. Aus Leimener Sicht ergebe sich eine gute Möglichkeit zur Erschließung des Gewann Fautenbühl. Er erläutert den Werdegang des Zweckverbandes und die Umstände. Um benötigte Flächen zu sichern sei die Aufstellung des Bebauungsplans nötig. Es seien große Pläne angedacht. Daraus ergebe sich die Möglichkeit der Ansiedlung großer Gewerbe und Industrie. Nun sei man trotz vieler Unwägbarkeiten soweit. Man solle diese Chance nutzen und das Projekt anpacken. Die Fraktion der CDU stimme sowohl dem Beschlussvorschlag des TOP 7 als auch dem des TOP 8 zu.

Stadtrat Dr. Sandner

betont, dass dies eine Win-Win-Situation für die Städte Leimen und Heidelberg sei. Für Heidelberg stelle das Interkommunale Gewerbegebiet eine Erweiterung des bereits vorhandenen Gebiets Rohrbach-Süd dar. Für Leimen ergebe sich der Vorteil daraus, dass man mit dem Namen Heidelberg werben könne, was bei der Vermarktung eine große Rolle spiele. Die SPD-Fraktion stimme den Tagesordnungspunkten 7 und 8 zu. Man begrüße, dass der Zweckverband zum Januar 2021 beginnen soll. Er dankt den Verhandlungspartnern, die die Gleichstellung zwischen Leimen und Heidelberg erreicht haben.

Stadtrat Frühwirt

weist darauf hin, dass auch ein Ausgabenproblem vorläge. Dem nun vorliegenden Beschlussvorschlag, mit dem man das Einnahmeproblem verringern könne, stimme die GALL-Fraktion zu. Das Verhältnis zwischen der Stadt Leimen und der Stadt Heidelberg sei nicht immer gut gewesen. Durch das gemeinsame Gewerbegebiet könne sich das ändern. Man freue sich über diese positive Entwicklung. Damit könnten weitere gemeinsame Projekte folgen. Bei der weiteren Entwicklung sei der GALL-Fraktion wichtig, dass man aus dem großen Gebiet etwas richtig Gutes mache, das langfristig und nachhaltig ist. Vielleicht könne man auch die Straßenbahn aus Leimen heraus in südliche Richtung herausführen. Das Versorgungskonzept mit Energie solle möglichst klimaneutral sein. Zumindest könne der Zweckverband in diesem Bereich Vorgaben machen. Die Ausgestaltung sei genau zu beobachten. Bei Bewerbungen von Gewerbetreibenden solle bspw. auch auf die Zahl der Arbeitsplätze und deren Qualität geachtet werden und darauf, welches Gewerbe passt und nicht nur die finanzielle Seite betrachtet werden. Die GALL-Fraktion stimme zu.

Oberbürgermeister Reinwald

weist auf den „Letter of intent“ hin. Demnach läge eine Richtschnur vor, die besage, dass pro Hektar Fläche 50 Mitarbeiter zu beschäftigen sind. Daran werde man sich orientieren.

Stadtrat Feuchter

schließt sich dem Gesagten an. Das Einnahmeproblem der Stadt sei vor 30 Jahren durch Nichtschaffung von Gewerbeflächen geschaffen worden. Seit 15 Jahren habe man ein permanentes Ausgabenproblem. Man müsse auf die Kasse schauen. Dies sei die letzte Chance und einmalige Gelegenheit für die Stadt Leimen. Als Gauangellochler habe er zwar Bedenken wegen des erhöhten Verkehrsaufkommens. Diesen Preis müsse man aber für Leimen zahlen. Er fände es gut, dass der Kontakt mit Heidelberg auf Augenhöhe hergestellt worden sei. Er dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit. Die Fraktion der FDP stimme den Tagesordnungspunkten 7 und 8 zu.

Stadtrat Woesch

erinnert sich an die Entwicklungsphase. Es sei erfreulich, dass es nun endlich zu einer konkreten Bewegung gekommen sei und Heidelberg und Leimen diese Zusammenarbeit planen. Die geplante Verkehrsinfrastruktur mit Radwegen und der S-Bahn-Anbindung würden besonders begrüßt. Die Fraktion der Freien Wähler stimme den Tagesordnungspunkten 7 und 8 zu.

Oberbürgermeister Reinwald

informiert das Gremium, dass am heutigen Tage der Gemeinderat der Stadt Heidelberg auch über das Thema berate. Man sehe, dass ein offener Umgang eine Win-Win-Situation nach sich ziehe. Er bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss

(Kennwort: Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg – Leimen)

1. Der Gründung und dem Beitritt der Stadt Leimen zum Zweckverband „Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg – Leimen“ auf Grundlage der als Anlage beigefügten Zweckverbandssatzung wird zugestimmt. Die Zustimmung gilt auch für den Fall redaktioneller Änderungen oder Änderungen in Folge von Vorgaben der Rechtsaufsichtsbehörde.
2. Der Transfersumme (Verwaltungs- und Betriebskostenumlage) an den Zweckverband in Höhe von Euro 200.000 für das Jahr 2021 wird zugestimmt.
3. Im Jahr 2021 ist die erste Rate der Verwaltungs- und Betriebskostenumlage bereits am 2. Januar 2021 zu überweisen, damit der Verband seine Tätigkeit aufnehmen kann.

8. Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg – Leimen 46/2020 Aufstellungsbeschluss Teilbereich Leimen

Oberbürgermeister Reinwald

schildert den Sachverhalt. Die Lage und die Erschließung sei vom Wert abhängig. Die Trasse sei geprüft worden. Es würden 3000 weniger Fahrzeuge in Leimen-Mitte erwartet. In den höher liegenden Stadtteilen sei dies noch nicht geprüft worden. Es sei ein Verkehrsstrang geplant, also Straßen-, S-Bahn- und Radwegenetz. Der Beschluss würde jetzt bereits gefasst, da ein großer Teil der Straße über das Eternit-Gelände führe. Der elementar wichtige Straßenstrang müsse gesichert werden.

Dazu folgen keine weiteren Wortmeldungen. Er bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss

(Kennwort: Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg – Leimen)

Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg-Leimen – Teilbereich Leimen“ nach § 2 Abs. 1 BauGB wird beschlossen.

9. Artenschutz

47/2020

Anlage von Blühwiesen

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert die Gremienvorlage. Die Verwaltung sei seitens des Gemeinderates dazu beauftragt worden, Flächen für die Realisierung des Vorhabens vorzuschlagen, was hiermit geschehe. Blühpflanzen seien wichtig. Nahrungsmittel ohne Bienenprodukte seien rar. Dies

falle spätestens auf, wenn man seinen Einkauf bewusst darauf auslege, nur Produkte einzukaufen, an denen keine Bienen beteiligt sind. Da bliebe der Einkaufswagen weitestgehend leer. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Appel

verliest den Antrag der CDU –Fraktion vom 3. Februar 2020. Man lege Wert darauf, auch Streuobstwiesen miteinzubeziehen.

Stadtrat Bortz

erklärt, die GALL-Fraktion begrüße die Anlage von Blühwiesen, aber die Friedhöfe, wo diese angelegt werden sollen, befänden sich am Stadtrand. Er empfehle Regio-Saatgut und erläutere das Konzept dahinter. Im Boden befände sich Saatgut, weshalb er darum bittet, nicht umzupflügen.

Stadträtin Kettenmann

finde das Ganze schön, nützlich und nachhaltig. Man freue sich auf noch mehr Blühwiesen in Leimen.

Stadträtin Werner

schließt sich dem Gesagten an. Die Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbund werde begrüßt.

Stadtrat Feuchter

fragt, ob dann noch genügend Platz für den Pump-Track in Gauangelloch sei.

Angestellter Sauerzapf

bejaht dies und zeigt es anhand des Planes.

Stadträtin Hassenpflug

möchte das Thema zum Anlass nehmen und die Bürgerinnen und Bürger dazu aufrufen, auch selbst im eigenen Garten mehr für die Bienen zu tun und weniger Steingärten anzulegen. Blumen statt Schotter ist ihr Motto.

Stadtrat Reinig

weist auf die Aktions- und Steuerungsgruppe hin. In Leimen beginne an dem 1. Oktober 2020 das Bienenjahr mit verschiedenen Vorträgen zu bienenfreundlichem Verhalten. Zum Auftakt des Bienenjahres beginne man mit einem Vortrag der Nabu. Das Jahr 2021 soll unter dem Thema „Bienenschutz“ stehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Artenschutz)

1. Die vorgestellten Flächen sollen 2021 als Blühwiese angelegt werden.
2. Mittel für den Haushalt 2021 sollen gemeldet werden.

10. Gemeinderat

48/2020

Aufstellen eines Schildes der Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“

Oberbürgermeister Reinwald

schildert kurz den Sachverhalt. Das Schild „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ soll am 29. Juli 2020 am Eingangsbereich des Neuen Verwaltungsgebäudes angebracht werden. In diesen Zeiten sei dies ein wichtiges Zeichen. Er habe sich gefreut, dass man sich bei den wesentlichen Dingen im Gremium einig sei. Die Anfrage der SPD-Fraktion habe offene Türen eingetreten.

Es folgen keine Wortmeldungen. Oberbürgermeister Reinwald bittet um Zustimmung.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Das Schild wird am 29. Juli 2020 um 18.00 Uhr am Eingangsbereich des neuen Verwaltungsgebäudes angebracht.

11. Friedhöfe

49/2020

Gärtnergepflegtes Grabfeld / Friedhofssatzung

Stadträtin Schilling erklärt sich für befangen und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert die Gremienvorlage. Die meisten Umlandsgemeinden hätten bereits gärtnergepflegte Grabfelder. Nicht jeder Mensch habe jemanden, der sich nach dem Ableben um die Grabpflege kümmert. Der erarbeitete Gestaltungsvorschlag sei sehr ansprechend. Man solle die Chance wahrnehmen und dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Stadtrat Bader

schließt sich den Ausführungen des Oberbürgermeisters an. Laut einer Studie wünschten sich um die 25 % der Bevölkerung eine pflegefreie Bestattungsmöglichkeit. Zudem seien Friedhöfe heute mehr als bloße Bestattungsstätten, nämlich Stätten der Begegnung. Man solle mit dieser Entwicklung gehen. Bei der Bepflanzung solle der Angestellte Sauerzapf federführend sein. Die GALL-Fraktion habe Vorschläge einer alternativen Bepflanzung gemacht. Diese könne man in die Planung gegebenenfalls einfließen lassen.

Angestellter Sauerzapf

berichtet, er habe diesbezüglich nach der Sitzung des Verwaltungsausschusses Kontakt zu der ausführenden Gärtnerei aufgenommen.

Stadtrat Unverfehrt

merkt an, die Bepflanzung solle den Fachleuten überlassen werden. Die SPD-Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag.

Stadträtin Kettenmann

erklärt, die Vorlage erhalte von der Fraktion der Freien Wähler volle Zustimmung. Es sei eine gute Sache. Außerdem sollten die normalen Grabfelder auch gepflegt werden.

Stadtrat Fechter

weist darauf hin, dass die Stadt Leimen zurzeit andere Sorgen hinsichtlich der Einnahmesituation habe. Es werde ein Nachtragshaushalt aufgestellt. Unter diesem Aspekt

frage man sich „Nice to have but must it be today?“. Man solle das Geld lieber in die Jugend investieren. Die FDP-Fraktion werde zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Mit 17 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Appel, Bader, Baumann, Bortz, Frühwirt, Kettenmann, Kurz, Julia Müller, Nathalie Müller, Reinig, Dr. Sandner, Stern, Unverfehrt, Werner und Woesch), 4 Gegenstimmen (Stadträte Feuchter, Hahn, Lindenbach, Dr. Pfisterer) und 1 Enthaltung (Stadträtin Hasenpflug) ergeht folgender

Beschluss (Kennwort: Friedhöfe)

1. Der Gestaltung der gärtnergepflegten Grabfelder wird zugestimmt.
2. Der Änderung der Friedhofssatzung wird zugestimmt.

Stadträtin Schilling nimmt ihren Sitz im Gremium wieder ein.

12. Straßen

50/2020

Feldwegsanierung südlich vom Grauenbrunnenweg

Oberbürgermeister Reinwald

schildert den Sachverhalt. An der besagten Stelle südlich vom Grauenbrunnenweg verlaufe der Badische Weinradweg. Man habe in Leimen zwei hervorragende Weingüter, daher solle der Weg entsprechend saniert werden. Umso schöner sei die 40%-ige Förderung. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 100.000 €. Die Mittel seien im Haushalt vorhanden. Die Sanierung des Feldweges sei auch im Hinblick auf die geplante Gartenschau angebracht.

Stadträtin Hassenpflug

möchte erfahren, ob die Kosten für die Ingenieurleistungen auch nochmal so hoch sein werden.

Angestellter Sauerzapf

rechnet mit 10.000 bis 30.000 € für Ingenieurleistungen. Man arbeite mit der Naturschutzbehörde zusammen und erwarte einen entsprechenden Ausgleich.

Stadträtin Hassenpflug

fragt, ob dies aufgrund der derzeitigen Lage nötig ist. Man fände den Badischen Weinradweg ohnehin nicht. Das Teilstück in Nußloch ist glatt. Der Weg würde in Nußloch im Acker enden. Es handele sich um eine abenteuerliche Wegführung. Für einen Fernradweg sei dies ungeeignet. Daher zweifelt sie, ob eine Sanierung dort nötig ist. Sie fände es wichtiger, die direkte Verbindung von Leimen nach Nußloch herzustellen. Sie sehe keine Notwendigkeit, den Weg für Fußgänger auszubauen. Sie fände es mit dem Rad dort nicht so schlimm. So könne sie der Vorlage nicht zustimmen.

Angestellter Sauerzapf

erläutert die Planung und schildert die Umleitungsstrecke des Radweges. Wegen einer Baumaßnahme werde die Strecke derzeit umgeleitet. Da es sich um eine touristische Radroute handele, führe der Weinradweg über die Weinberge.

Oberbürgermeister Reinwald

ergänzt, man dürfe nicht außer Acht lassen, dass auch andere touristische Radwege durch Leimen liefen. Daher sei mit erhöhtem Publikumsverkehr zu rechnen. Die Pendlerstrecke sei von Sanierung leider nicht betroffen.

Stadtrat Lindenbach

Könne dem nicht zustimmen. Es sei kein landwirtschaftlicher Weg eingeplant, sodass Landwirte sich darauf weniger bewegen könnten. Er sei gegen den Ausbau des Weges.

Stadtrat Kurz

sagt, es stehe zurzeit vieles an, im Moment sei das Vorhaben nicht leistbar. Man werde innerhalb der Fraktion unterschiedlich abstimmen, aber keiner stimme dafür.

Stadträtin Nathalie Müller

schildert das Zustandekommen des Badischen Weinradweges und der Route. Leimen sei der letzte Routenabschnitt, der geplant worden sei. Ansässige Güter seien nicht zur Streckenführung befragt worden. Jemand aus Freiburg habe ohne Ortskenntnisse die Route festgelegt. Die Weingüter aus Leimen hätten damit nichts zu tun.

Stadtrat Dr. Sandner

sei für die Sanierung und des Ausbaus des Feldweges. Es werfe ein schlechtes Bild auf Leimen, dies nicht zu machen, gerade wegen der geplanten Gartenschau. Er widerspricht Stadträtin Hassenpflug und schildert ihr die richtige Strecke. Für Spaziergänger sei der Weg auch schwer zu begehen.

Stadtrat Reinig

erklärt, als aktiver Kinderwagenschieber sei er für die Sanierung. Er begegnet dort vielen Spaziergängern mit Kinderwagen. Der südliche Teil der Strecke sei bereits ausgebaut und höre plötzlich in diesem Rohzustand auf. Er zieht den Vergleich zum Leimbachweg. Da sei dieselbe Situation gegeben. Die St.Ilgener Straße sei gut ausgebaut, der Rest nicht. Die Abschnitte sollten gleich gut sein.

Stadtrat Hahn

sei auch Kinderwagenschieber, stimme aber aus finanziellen Gründen dagegen.

Oberbürgermeister Reinwald

bittet um Abstimmung.

Mit 12 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Appel, Bader, Bortz, Frühwirt, Nathalie Müller, Reinig, Dr. Sandner, Stern, Unverfehrt und Werner), 5 Gegenstimmen (Stadträte Feuchter, Hahn, Lindenbach, Dr. Pfisterer, Schilling) und 6 Enthaltungen (Stadträte Julia Müller, Kurz, Woesch, Kettenmann, Baumann und Hassenpflug) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Straßen)

1. Der Durchführung der Baumaßnahme „Feldwegsanierung südlich vom Grauenbrunnenweg“ wird zugestimmt (Baubeschluss).
2. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, die Baumaßnahme öffentlich auszuschreiben und den Auftrag nach Prüfung und Wertung der Angebote an den annehmbarsten Bieter zu vergeben (Vergabebeschluss).

3. Der Gemeinderat wird von der Vergabe informiert.
4. Der Vergabe der Ingenieurleistungen auf Grundlage eines Ingenieurvertrages nach HOAI an das Ingenieurbüro E.Schulz, Hirschberg wird zugestimmt.

13. **Spielplätze**

51/2020

Spielplatz Jakob-Kast-Straße

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert kurz den Sachverhalt laut Gremienvorlage und bittet den Angestellten Sauerzapf zu Wort.

Angestellter Sauerzapf

stellt die Planungen anhand einer Präsentation vor (*Anlage 3 – Präsentation*). Er erklärt das Problem des Wasserflusses, daher soll ein Geröllfang im westlichen Geländebereich angebracht werden, um bei Starkregen Schmutzwasser abzufangen und geordnet abzuleiten.

Oberbürgermeister Reinwald
bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Bader

erklärt, dass die Konzepte in die Planung einbezogen geworden wären. Die Notwendigkeit sei begründet worden. Nach intensiven Diskussionen soll die Maßnahme mit 10.000 € in 2020 und mit 90.000 € in 2021 beendet werden. Die CDU-Fraktion stimme dem zu.

Stadtrat Bortz

erklärt, die Konzepte der Regulierung und zur Bändigung des Oberflächenwassers seien dem Gemeinderat vorgestellt worden. Er fragt, ob alle Konzepte in die Planung eingebunden wurden.

Angestellter Sauerzapf

erwidert, als Verantwortlicher wehre er sich gegen die Flutungslösung, es reiche schon Starkregen. Sollten Kleinkinder dort spielen sei ihm das Risiko zu hoch. Daher wurde die Flutungslösung nicht berücksichtigt. Die Spielgeräte stünden generell auf Stahlstützen um Verrottung zu vermeiden, weshalb die vorgestellte Lösung diesbezüglich kein Problem darstelle.

Stadtrat Kurz

sagt, bei der Vorortbegehung in Gauangelloch mit „Gauangelloch Gemeinsam Gestalten“ (GGG) seien die Bürger direkt miteinbezogen worden. Die Fraktion der Freien Wähler stimme zu. Ihm sei es allerdings lieber gewesen, wenn das Geld gleich für die Kinder und nicht für Weinwanderwege ausgegeben würde.

Stadträtin Hassenpflug

führt aus, dass die GALL-Fraktion sich gefreut habe, dass Gauangelloch zwei Spielplätze erhalten sollte. Dies sei aber nicht aufgehoben, nur aufgeschoben. Ein Großteil der Wünsche sei realisiert worden. Es sei sinnvoll, dies wie heute vorgeschlagen zu machen.

Stadtrat Feuchter

erinnert daran, dass ein Beschluss des Gemeinderates aus dem Jahre 2017 vorläge, der nicht ungültig sei. Man habe das Geld lieber für Spielplätze verwenden wollen anstatt für Wanderwege. Man hoffe, dass im Jahre 2021 wirklich Geld da ist und im Frühjahr 2021 der

Spielplatz fertig ist. Ansonsten sei es schwer, die Entscheidung den Bürgern zu vermitteln. Die FDP-Fraktion stimme zu.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Spielplätze)

1. Dem Ausbau des Spielplatzes wird zugestimmt.
2. In 2020 sollen Vorarbeiten ausgeführt, im Frühjahr 2021 der Platz komplett fertig gebaut werden.

14. Freizeitanlagen
Basket 2.0 – Fortschreibung

52/2020

Oberbürgermeister Reinwald

schildert kurz den Sachverhalt laut Gremienvorlage.

Im Spätjahr 2017 sei vom Gemeinderat einstimmig ein Beschluss gefasst worden. Es gehe um den Kleinkinderspielplatz. Der Jugendgemeinderat sei beteiligt worden und habe mehrheitlich zugestimmt. Es habe Unstimmigkeiten bezüglich des Unterstandes gegeben. Informationen seien nicht an das Bauamt weitergegeben worden. Am 30. Juli 2020 solle mit dem Jugendgemeinderat eine Vorortbegehung stattfinden. Man werde darüber berichten. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadträtin Kettenmann

weist darauf hin, dass Vertreter des Jugendgemeinderates anwesend seien und fragt, ob man sie anhören könne.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dass ihr Fraktionskollege Stadtrat Kurz bei der Sitzung des Jugendgemeinderates anwesend gewesen sei. Zudem habe er das Ergebnis der Beratung des Jugendgemeinderates kundgetan.

Stadtrat Reinig

sagt, auf den ersten Blick handele es sich um eine geschmeidige Vorlage, die die Fortführung des Beschlusses sei. Aber tatsächlich handele es sich um eine sperrige Vorlage. Das Thema sei im Verwaltungsausschuss kontrovers diskutiert worden. Im Jugendgemeinderat sei noch mehr darüber diskutiert worden. Er finde dies sehr bedauerlich. Es gebe schließlich die Vorgabe, dass der Jugendgemeinderat bei Themen, die Jugendliche betreffen, beteiligt werden soll. Er finde es schade, dass der Jugendgemeinderat nun nicht Stellung nehmen dürfe. Nachdem der Basket abgebrannt war, seien im Haushalt 2020 100.000 € eingestellt worden. Bei der Haushaltberatung im Jahre 2019 habe keine Planung vorgelegen. Durch den Nachtragshaushalt sei das Budget zunächst von 400.000 € auf 0 gesetzt worden. Auf Antrag der GALL-Fraktion seien zumindest 100.000 € eingestellt worden. Der Basket 2.0 solle vorangetrieben werden, nicht die Spielplätze. Der Jugendgemeinderat habe letztendlich zugestimmt, daher stimme die Fraktion der GALL auch zu. Für den Unterstand sei eine Lösung gefunden worden. Die Planungen für den Basket 2.0 sollten vorangetrieben werden.

Stadträtin Nathalie Müller

erklärt, die CDU-Fraktion stimme grundsätzlich zu. Das Konzept biete Familien mit Kindern in verschiedenen Altersgruppen Unterhaltung. Was den Basket 2.0 angehe, sei dies eine dringliche Geschichte. Dies sei auch ein Thema gewesen, das vom bürgerschaftlichen

Engagement gefordert werde. Es habe leider an der Kommunikation und Zusammenarbeit gemangelt. Das Thema der effektiven Kommunikation solle angegangen werden.

Oberbürgermeister Reinwald

sagt zu, dass eine entsprechende Vorlage für September vorbereitet werde. Die Absprache sei in diesem Falle schiefgelaufen, da ein Bindeglied aus der Verwaltung leider schwer erkrankt sei.

Stadträtin Werner

erklärt, die SPD-Fraktion stimme zu. Es sei schön, dass das Gelände ein Ort des Miteinanders sein soll. Aber es sei wichtig, dass der Basket 2.0 vorangehe. Sie bedauere, dass das Konzept des Jugendgemeinderates nicht berücksichtigt worden sei. Sie weist auf den Missstand hin, dass nur bei wenigen Gremienvorlagen das Kreuzchen in Bezug auf die Beteiligung des Jugendgemeinderates gesetzt werde. Auch bei allgemeinen Themen werde der Abschnitt „Beteiligung des Jugendgemeinderates“ oft ignoriert, was das Gefühl gebe, dass die Jugend nicht einbezogen werde.

Stadtrat Hahn

berichtet, dass im Jugendgemeinderat auf hohem Niveau diskutiert worden sei, wofür er seinen Respekt aussprechen wolle. Er finde es richtig, dass Oberbürgermeister Reinwald sich dafür entschuldigt, dass die Kommunikation nicht funktioniert habe. Er meine, dass man es der Jugend schuldig sei, sie anzuhören. Daher stellt er den Antrag auf Anhörung der anwesenden Jugendgemeinderäte.

Stadtrat Frühwirt

zitiert den § 41 Absatz 3 der Gemeindeordnung. Demnach hat der Jugendgemeinderat das Rede- und Anhörungsrecht. Es sei dafür gar kein Antrag nötig. Wenn die Jugendlichen wollen, hätten sie das Recht, vom Gremium gehört zu werden. Er stimme Stadträtin Werner zu, dass der Jugendgemeinderat bei vielen anderen Angelegenheiten auch gehört werden sollte. Es sei ein Unterschied, ob Jugendliche auch mal in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung sprechen dürfen, da die Presse dort berichte. Bei den Wahlen zum Jugendgemeinderat war die Beteiligung sehr gering, was damit zusammenhänge, dass der Jugendgemeinderat weniger sichtbar sei. Dies könne man ändern, indem man ihnen die Möglichkeit gebe, vor diesem Gremium zu sprechen. Er fordert Oberbürgermeister Reinwald auf, die Jugendlichen zu fragen, ob sie denn Stellung nehmen möchten.

Stadträtin Schilling

erklärt, die Fraktion der Freien Wählerwerde für den Spielplatz stimmen, auch wenn es bereits mehrere Spielplätze gibt. Das zentrale Element fehle noch, der Basket 2.0 solle bald stehen. Sie schließt sich dem Gesagten an.

Oberbürgermeister Reinwald

fragt, ob von den Jugendlichen das Wort gewünscht werde.

Dies wird bejaht.

Drei Vertreter des Jugendgemeinderates sind zugegen.

Ein Mitglied des Jugendgemeinderates

berichtet, dass eine heiße Diskussion innerhalb des Jugendgemeinderates geführt worden sei, es habe unterschiedliche Meinungen gegeben. Es sei ihnen wichtig, dass die erste Priorität der Basket 2.0 ist. Dies sei viel wichtiger für die Jugendlichen als die

Kinderspielplätze. Man schließe sich dem Gesagten an. Der Unterstand sei nicht zufriedenstellend und nicht das, was kommuniziert worden sei.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dass am kommenden Donnerstag ein Termin diesbezüglich sei. Wie teuer die Änderungen seien könne man noch nicht sagen. Wie man die Gegenfinanzierung möglich mache müsse man sehen.

Ein Mitglied des Jugendgemeinderates

möchte wissen, woraus sich die Gelder zusammensetzen. Des Weiteren möchte man erfahren, warum die Planung nicht im Jahre 2020 beginnen kann und ob in 2021 genug Gelder für die Planung bereitstehen.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, die Gelder seien im Haushalt 2020 eingestellt gewesen, aber aufgrund der Corona-Krise sei die sogenannte Haushaltsampel aufgestellt worden, in der auch der Basket 2.0 aufgelistet gewesen sei. Man habe entscheiden müssen, ob man die Maßnahme schiebt, kürzt oder streicht. Der Spielplatz sei Außenbereich. Dieses Jahr könne man das Jugendzentrum keinesfalls fertigstellen. Es brauche einen langen Planungsvorlauf. Bei der Planung werde der Jugendgemeinderat einbezogen. Der Planungsprozess dauere sicherlich ein Jahr. Wenn Geld in 2021 eingestellt werden könne, könne geplant werden. Aber der Baubeginn sei nicht vor dem Jahre 2022 möglich. Man verliere nicht viel Zeit.

Ein Mitglied des Jugendgemeinderates

fragt, warum nicht bereits dieses Jahr mit der Planung begonnen werden kann. Zudem dankt man für das Rederecht vor dem Gemeinderat und hebt noch einmal hervor, dass der Basket 2.0 höhere Priorität habe als der Spielplatz.

Oberbürgermeister Reinwald

sagt zu, dass in der Septembersitzung des Gemeinderates eine Vorlage dazu behandelt werde.

Stadtrat Hahn

erklärt, anhand des Vortrags und der Fragen sei klar geworden, dass die Jugendgemeinderäte kluge Köpfe seien. Er erachte den Basket 2.0 für die Jugendarbeit für wichtig. Er akzeptiere das Votum des Jugendgemeinderates zum Ausbau des Spielplatzes, sehe die Priorität aber auch beim Basket 2.0, da bereits in unmittelbarer Nähe Spielplätze gebe. Daher enthalte man sich.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Mit 14 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Appel, Bader, Frühwirt, Kurz, Nathalie Müller, Reinig, Dr. Sandner, Schilling, Stern, Unverfehrt, Werner und Woesch) und 9 Enthaltungen (Stadträte Feuchter, Hahn, Lindenbach, Dr. Pfisterer, Kettenmann, Hassenpflug, Julia Müller, Bortz und Baumann) ergeht folgender

Beschluss (Kennwort: Freizeitanlagen)

1. Der Erweiterung der Freizeitanlage Basket 2.0 (Kleinkindspielplatz) wird zugestimmt.
2. Der Bau soll 2020 begonnen und 2021 fertig gestellt werden.

15. Gemeinderat

53/2020

Antrag der FDP auf sofortige Beantragung von Finanzmitteln für den Kapazitätsausbau des Kindergartens Gauangelloch

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert kurz die Gremienvorlage und bittet Stadtrat Feuchter zu Wort.

Stadtrat Feuchter

erläutert die Gründe für den Antrag der FDP-Fraktion und weist auf die geringfügige Änderung des ursprünglichen Antrags hin, wie er nun vorliegt (*Anlage 4*).

Er glaube, dass man sehr lange ein Provisorium hätte, da bis jetzt noch keine öffentliche Ausschreibung stattgefunden habe. Man könne eine andere Lösung für die Übergangszeit finden. Er sei der Meinung, dass man die Förderung bekomme.

Oberbürgermeister Reinwald

ergänzt, dass es noch kein Förderprogramm gebe. Es handele sich um eine bloße Absichtserklärung. Es sei keine Lösung, die schnell komme. Man könne gar nicht gegen diesen Antrag sein. Man wolle in jedem Fall eine feste Einrichtung.

Stadtrat Bader

erklärt, man könne dem FDP-Antrag schon von der Zielsetzung her nicht widersprechen. Eine bauliche Erweiterung solle stattfinden, wenn sich die Betreuungszahlen erhöhen sollten. Daher sei es nicht falsch, einen Antrag zu stellen. Die bestehende Warteliste zeige, dass eine schnelle Lösung gebraucht werde, also die Containerlösung. Das Förderprogramm sei noch nicht ausgelegt. Man „glaubt“ nur die Förderung zu bekommen, dies sei jetzt aber noch nicht sicher. Man stehe im Fokus junger Familien. Eine schnelle Lösung sei nur mit den Containern zu realisieren um vorhandene Spitzen abzudecken. Er erklärt, dass an dem Antrag der CDU vom 30. Januar 2020 (TOP 16) trotzdem festgehalten werde, da das eine das andere nicht ausschließe.

Stadtrat Kurz

sagt, die Faktenlage müsse klarer sein. Es gehe um Schnelligkeit, da seit dem Beschluss bereits ein halbes Jahr vergangen sei. Erst, wenn die Faktenlage klar sei, könne man sich entscheiden.

Stadträtin Baumann

erklärt, der Antrag werde von der SPD-Fraktion unterstützt. Sie fragt, ob man in Bezug auf die Engpass- und Notsituation geprüft habe, ob es möglich ist, eine Kindergartengruppe in der Grundschule anzusiedeln. Die Grundschule liege nahe an dem Kindergarten.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dass Alternativen geprüft worden seien. Das Fachzentrum nebenan eigne sich auf Dauer nicht, da es äußerst sanierungsbedürftig sei. Die Investition sei unverhältnismäßig gewesen. Die Schlossschule sei nur für den Schulbetrieb konzipiert, wobei viele Anforderungen nicht erfüllt würden ohne größere Investitionen. Die Schlossberghalle sei für den Kindergartenbetrieb nicht konzipiert, zudem wären Vereine betroffen und würden eingeschränkt. Die Standards seien auch bei einer vorübergehenden Lösung sehr hoch.

Stadtrat Frühwirt

erklärt, die Fraktion der GALL sei zu dem Schluss gekommen, dass man dem Antrag nachkommen könne. Es sollen laut Antrag nur Mittel beantragt werden. Wenn das Konjunkturpaket stehe und der Bedarf noch bestehe, müsse man sich entscheiden. Im

Zweifelsfall habe man die Möglichkeit die Zuschüsse zu bekommen. Man habe sich gefragt, ob ein langfristiger Bedarf gegeben sei, dies sei schwer zu planen. Die Klienten seien drei Jahre alt. Man könne aber schauen, wie es zukünftig aussieht. Er möchte erfahren, was man der Planung diesbezüglich zugrunde legt. Die GALL-Fraktion stimme dem Antrag zu. Die Entscheidung, ob man tatsächlich baut, werde später getroffen.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass man natürlich nicht mehr als drei Jahre vorausschauen könne. Aber die Altersstruktur und die Entwicklung deuteten dies an. Mit dem Antrag könne man nichts falsch machen.

Stadtrat Dr. Sandner

erinnert daran, dass in der Januarsitzung die Dringlichkeit nahegebracht worden sei und die Containerlösung die beste Lösung sei. Er fragt, warum seit Januar nicht passiert sei.

Oberbürgermeister Reinwald

widerspricht, dies sei nicht richtig. Man warte täglich auf die Baugenehmigung, erst dann könne die europaweite Ausschreibung stattfinden. Diese laufe zwei Monate. Anfang 2021 solle die Containerlösung verfügbar sein.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet er um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Dem Antrag, unverzüglich nach Auflage des angekündigten Bundesprogramms einen Antrag zur Aufnahme in das Förderprogramm für den Kapazitätsausbau der Kindergärten, Kitas und Krippen für den Kindergarten Gauangelloch zu stellen, wird stattgegeben.

16. Gemeinderat

54/2020

Antrag der CDU auf umgehende Weiterführung, Planung sowie Ausführung der beschlossenen Baumaßnahmen des Kindergartens Gauangelloch

Oberbürgermeister Reinwald

schildert kurz den Sachverhalt. Der CDU-Antrag entspreche der Beschlusslage.

Stadtrat Feuchter

weist darauf hin, dass es drei Monate dauere, bis der Auftrag zu den Containern erteilt werden könne. Ab dem 30. November sei die Erteilung des Auftrags möglich. Wenn der 1. März 2021 realisierbar sei, wäre das schon toll. Daher hat er den Antrag, unter Tagesordnungspunkt 15 behandelt, gestellt. Der Anbau des Kindergartens sei nur möglich, wenn sich die Grundstückslage kläre, so habe Oberbürgermeister Reinwald dargestellt. Der Beschluss sei gefasst worden, die Plätze würden jedoch im Oktober bzw. November nicht zur Verfügung stehen. Das Bildungshaus in Gauangelloch sei eine Zusammenarbeit zwischen Schule und Kindergarten gewesen. Man solle doch einen Weg finden, diese Plätze bis Oktober zu schaffen. Nach diesem Vorbild könne man die Vorschulkinder als Übergangslösung in der Grundschule unterbringen. Er bittet um Prüfung, ob dies möglich ist. Man spreche von einer Übergangslösung für einen Zeitraum von zehn bis zwölf Monaten. Man habe kein Geld, um in Gauangelloch einen Kindergarten zu bauen. Das ergebe ein armseliges Bild der Stadt. Er sehe nicht, dass alle Möglichkeiten geprüft wurden. Er glaube nicht, dass die Container noch dieses Jahr kommen. Man müsse eine Lösung für

2020 finden. Die Motivation zum Antrag sei die Corona-Fördersituation gewesen. Ein Holzanbau könne dann möglich sein.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dass die Verwaltung bestrebt sei, schnellstmöglichst eine Lösung zu finden. Man sei in Gesprächen. Dies hänge von den Fachbehörden ab. Die Bedingungen für ein solches Bildungshaus erforderten ganz andere Voraussetzungen. Das Problem sei seit zwei Jahren bekannt. Die Diskussionen mit der Kirche seien gescheitert. Zudem dürfe man nicht die Corona-Krise ausblenden. Die Verwaltung sei nur zur Hälfte besetzt gewesen. Man werde versuchen, schnellstmöglichst eine Lösung zu finden, aber längerfristig sei nichts anderes möglich. Oft spielten dabei Detailfragen eine Rolle. Sobald das Programm vorliege, müsse erst ein Konzept erarbeitet werden. Er bittet, sich keine Illusionen zu machen. Es sei alles durchdacht worden, nun käme man nicht um die Containerlösung herum. Auch später könnten die Container bei anderen Sanierungsmaßnahmen in anderen Einrichtungen genutzt werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen, bittet er um Abstimmung.

Mit 19 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Appel, Bader, Baumann, Bortz, Frühwirt, Hassenpflug, Kettemann, Kurz, Julia Müller, Nathalie Müller, Reinig, Dr. Sandner, Schilling, Stern, Unverfehrt, Werner und Woesch), 3 Gegenstimmen (Stadträte Feuchter, Lindenbach und Dr. Pfisterer) und 1 Enthaltung (Stadtrat Hahn) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Dem Antrag auf umgehende Weiterführung, Planung sowie Ausführung der beschlossenen Baumaßnahmen, Erweiterung der Fröbel-Kindertagesstätte in Gauangelloch laut Gemeinderatsbeschluss vom 31.01.2020 wird stattgegeben.

17. Verschiedenes

Oberbürgermeister Reinwald

schildert den Termin mit der Kommission zur Gartenschau. Leimen habe eine gute Figur gemacht.

Angestellter Sauerzapf

erzählt von dem Termin, der Route und dem Ablauf und zeigt Fotoaufnahmen davon.

Anschließend wird der Bewerbungsfilm zur Gartenschau gezeigt.

Oberbürgermeister Reinwald

weist auf die Pressekonferenz zur Gartenschau am 30. Juli 2020 hin.

Stadträtin Nathalie Müller

richtet herzliche Grüße aus Kunewald aus. Sie habe die Vertreter der Partnerstadt, Dagmar Novosadowa und Eva Ruskova, bei der Beerdigung von Herrn Heinrich Friedrich, dortigem Ehrenbürger, getroffen. Es sei im Juni 2021 ein Schlossfest geplant. Man würde sich freuen, eine Delegation aus Leimen dazu begrüßen zu dürfen.

Stadtrat Feuchter

hakt zu TOP 1 – Fragstunde nach. Oberbürgermeister Reinwald habe dem Bürger geantwortet, dass die Nachtragshaushaltsberatung im September sei. Also könne man davon ausgehen, dass nicht vorher ausgeschrieben werde.

Angestellter Sauerzapf

erklärt, man müsse jetzt ausschreiben, die Beschlusslage des Gemeinderates liege vor, die Verwaltung habe den Beschluss auszuführen.

Oberbürgermeister Reinwald

weist darauf hin, dass dies heute aus formalen Gründen nicht beschlossen werden könne.

Stadtrat Feuchter

erklärt, dass das Gutachten bereits drei Jahre alt sei. Der Beschluss sei damals aufgrund der Dringlichkeit gefasst worden.

Oberbürgermeister Reinwald

schlägt vor, dies richtig vorzubereiten und sich im September damit zu befassen, da man heute nach der Gemeindeordnung ohnehin nicht darüber beraten könne. Eventuell könne man die Ausschreibung wegen der Corona-Krise aussetzen.

Stadtrat Feuchter

erklärt, dies sei unter Umständen in einer Sondersitzung des Gemeinderates zu beraten. Er finde es nicht richtig, dass Oberbürgermeister Reinwald nach seiner Ansicht nicht wahrheitsgemäß geantwortet habe.

Oberbürgermeister Reinwald

sagt, es könne eine Sondersitzung im August angesetzt werden, bevor ein Ausschreibungstext herausgeht, wenn dies gewünscht wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Reinwald um 22.15 Uhr die öffentliche Sitzung.

Greiner
Protokollführerin

Reinwald
Oberbürgermeister

Urkundspersonen:

Stadtrat Appel

Stadträtin Werner